

Anlage

**Haushaltsrede
des Vorsitzenden der SPD-Fraktion**

Haushaltsrede des Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion Eschweiler,
Leo Gehlen, zu den Haushaltsberatungen 2013

Es gilt das gesprochene Wort

Freigabe: 19.12.2013 (16.00 Uhr)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir beschließen heute den Haushalt 2013 einschließlich der

3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre

2010 bis 2016.

Wir wissen, dass der Haushalt 2013 und das HSK mit Unwägbarkeiten und auch Risiken behaftet sind. Diese lassen sich nicht vollständig ausschließen und sind auch unsererseits nur bedingt beeinflussbar. Wir sind aber trotzdem der Überzeugung, dass dieser Haushalt und das HSK uns unserem Ziel, im Jahr 2016 den städtischen Etat ausgleichen zu können, wiederum einen Schritt näherbringt.

Nach vielen Jahren können wir den Haushalt des kommenden Jahres noch im laufenden Jahr beschließen. So sieht es die Gemeindeordnung eigentlich auch vor, dennoch bringt dieses Verfahren es mit sich, dass konkrete Zahlen,

z.B. die Beteiligung der Stadt an der Einkommens- und Umsatzsteuer oder die Zuweisungen des Landes aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz lange Zeit nicht vorlagen.

So hatten wir gehofft, dass die Schlüsselzuweisungen für 2013 aufgrund der Steuermehreinnahmen gegenüber der 1. Modellrechnung zum GFG höher ausfallen würden. Die 2. Modellrechnung zeigt allerdings, dass der Stadt rd. 170 T€ weniger zur Verfügung stehen werden, als zunächst angenommen.

Daher, und insbesondere wegen der weiterhin stetig steigenden Sozialaufwendungen – vor allem im Bereich der Jugendhilfe – sind der Haushalt 2013 und das HSK nur darstellbar, wenn die Grundsteuer B in 2 Stufen, d.h. in 2013 von 413 auf 450 Prozentpunkte und in 2015 von 450 auf 490 Prozentpunkte angehoben und die Gewerbesteuer im Jahr 2015 von 430 auf 460 Punkte erhöht werden.

Hinsichtlich der für das Jahr 2015 geplanten Steuererhöhungen wird allerdings bei der Haushaltsaufstellung nochmals intensiv darüber zu diskutieren sein, ob diese dann auch tatsächlich vollzogen werden müssen.

Der FDP-Vorschlag einer jährlichen jedoch geringeren Steuererhöhung bei der Grundsteuer B ist für uns inakzeptabel. Denn die entsprechenden Mindereinnahmen sollen durch zusätzliche Personalkosteneinsparungen von mehr als 5 Mio. € kompensiert werden. Dieses Ansinnen würde von 2013 bis 2016 jährlich den Wegfall von rund 10 Stellen bedeuten und es berücksichtigt, dass das HSK bereits eine jährliche Personalkostenreduzierung festschreibt. Herr Göbbels, ich wette, Sie sind nicht in der Lage zu sagen, welche 10 Stellen im 1. Jahr Ihres Einspar-Vorschlags wegfallen sollen, ohne dass auf der anderen Seite die Sachkosten in annähernd gleicher Größenordnung erhöht werden müssen! Der Vorschlag der FDP ist Ausdruck eindimensionaler Ideologie und Beleg mangelnder Sachkenntnis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir werden nachher einige Satzungen beschließen, sei es die Abfallentsorgung, die Abwasserbeseitigung, die Straßenreinigung bzw. auch die Friedhofsgebührensatzung.

Seitens der SPD-Fraktion werden wir die entsprechenden Vorlagen mittragen, wobei in diesem Bereich festzustellen ist, dass hier bis auf die Friedhofsgebührensatzung geringfügige Erhöhungen zu verzeichnen sind, so dass der Bürger hierdurch nicht außerordentlich belastet wird.

Die Friedhofsgebührensatzung, die sicherlich im Laufe der Sitzung noch eingehend diskutiert wird, führt teilweise zu außerordentlichen Belastungen. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass sich die Begräbnismodalitäten in den letzten Jahren stark verändert haben.

Vor 15-20 Jahren war es noch undenkbar – als wir das Modell der Bezirksfriedhöfe, z.B. Nothberg oder St. Jöris diskutierten – dass immer mehr Men-

schen anonyme Bestattungen bzw. Urnenbestattungen vornehmen, oder es auch zunehmend so praktiziert wird, dass die Asche der Verstorbenen sogar außerhalb von Eschweiler anonym verstreut wird.

Dieses Verhalten war nicht vorhersehbar. Auch wenn bei der nun vorgelegten Berechnung große Flächen wie in St. Jöris nicht in Betracht gezogen wurden, werden wir zur Minimierung der Unterdeckung von ca. 500.000 Euro nicht umhin kommen, dem vorliegenden Satzungsentwurf zuzustimmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

unser Ziel muss es sein, auch weiterhin als Rat und Verwaltung der Stadt Eschweiler einen gewissen Handlungsspielraum zu behalten, denn unser aller Anliegen sollte es sein, keine Stärkungspaktkommune zu werden!

Wenn ich in die Nachbarkommunen, sei es Würselen, Stolberg oder Aldenhoven schaue, ist es erschreckend, welche teilweise drastischen Steuererhöhungen, sei es bei der Grundsteuer B oder bei der Gewerbesteuer, vorgenommen werden. Hier haben die Kommunen keinen Entscheidungsspielraum mehr, sondern es wird ihnen schlicht und ergreifend diktiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

bei den freiwilligen Leistungen haben wir quasi den bisherigen Stand halten können.

Ich sage Ihnen offen: Aus meiner Sicht ist das, was wir als sogenannte freiwillige Leistungen zahlen, die Untergrenze dessen, was als Teilkompensation an diejenigen fließt, die in Vereinen, Organisationen, Kirchen und vielen anderen Institutionen mit ihrer Arbeit das Leben in dieser Stadt erst möglich machen.

Leider lässt unsere derzeitige Haushaltssituation es nicht zu, diese Anerkennung höher ausfallen zu lassen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich jetzt noch einige Anmerkungen zu dem Themenkomplex „Betreuung bzw. Bildung“ machen.

Wir bringen unsere Schulen weiterhin durch Umbaumaßnahmen auf einen neuen Stand, wie z.B. das Schulzentrum Jahnstraße bzw. die Waldschule/Gesamtschule Eschweiler.

Bei zuletzt genannter Schule haben wir jetzt auch den ersten notwendigen wichtigen Schritt unternommen, in dem wir dort ca. 2,3 Millionen € für bauliche Sanierungsmaßnahmen, die weit mehr umfassen als die Vergrößerung des Lehrerzimmers, zur Verfügung stellen.

Die zukünftige Schulentwicklung werden wir genau beobachten, zum einen das Angebot verschiedener Schulformen durch einige unserer Nachbarstädte (Stolberg), zum anderen aber auch die geplante Gesetzesänderung des Landes NRW zum Themenbereich „Inklusion“.

Aus meiner Sicht werden wir nicht umhin kommen, uns in der Zukunft auch mit der Einführung einer möglichen „Sekundarschule“ zu beschäftigen.

Bei der U3-Betreuung bemühen wir uns die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten. Die entsprechenden baulichen Erweiterungen bzw. Neubauten eigener Einrichtungen, z.B. des BKJ-Kindergartens Franz-Rüth-Straße oder die Erweiterung der BKJ-Kitas St. Antonius Bergrath oder Jahnstraße tragen hierzu genauso positiv bei wie das Engagement aller freien Träger.

Nach der nun erfolgreichen Innenstadtsanierung - die AGO konnte sich in der letzten Woche noch ein Bild von der neu gestalteten Rosenallee machen – und dem Vorzeigemodell Eschweiler-Ost haben wir nun den nördlichen Innenstadtbereich aufgegriffen.

Die Baumaßnahme nördl. Grabenstraße wird zurzeit umgesetzt und die Förderanträge für den Marktbereich und sein Umfeld sind gestellt.

Weiterhin greifen wir nun einen weiteren Bereich auf, der unter dem Stichwort Eschweiler-West (Gutenbergstraße) firmiert.

In meiner Rede zum Haushalt 2012 habe ich das Thema „Blausteinsee“ dahingehend aufgegriffen, dass ich alternative Planungen gefordert habe, wenn sich das Investoreninteresse an den bisherigen Konzepten als nicht tragfähig erweist. Nunmehr wird eine Blausteinsee – GmbH selbst als Investor auftreten und das Seezentrum u.a. im gastronomischen Bereich soweit selbst entwickeln, dass die dringendsten Anforderungen realisiert werden und dass weiteres privates Engagement möglich ist.

Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, dass der Städteregionstag in der vergangenen Woche die gegen die Interessen aller Seennutzer und gegen die Entwicklung des Blausteinsees gerichteten Beschlüsse zum Landschaftsplan VII gefasst hat.

Die CDU und die von ihr geführte Koalition haben im Städteregionstag bewiesen, woran es ihnen auch hier mangelt; an Mut, an Kraft und Kreativität.

Auch wenn es uns hier und heute nicht direkt betrifft, möchte ich an dieser Stelle noch einmal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Prysmian erinnern.

160 Menschen verlieren ihre Arbeitsstelle in Eschweiler, 98 Menschen in Stolberg bei der Firma Dalli, um nur zwei Beispielen von schnöden Kapitalismuserscheidungen zu nennen.

Dies sind aus meiner Sicht Firmenentscheidungen, die nicht nachvollziehbar sind, denen man sich aber leider beugen muss.

Deshalb an dieser Stelle nochmals ein Dank an alle Vertreter des Rates, die die Prysmian-Resolution mitgetragen haben.

Man kann nur hoffen, dass die nun gegründete Transfergesellschaft in der Lage ist, allen Menschen wieder einen adäquaten Arbeitsplatz zu vermitteln.

Meine Damen und Herren,

da wir uns gemeinsam auf eine verkürzte Redezeit geeinigt haben, verzichte ich auf Ausführungen zu weiteren Themenkomplexen.

Ihnen, Herr Bürgermeister Bertram, den Herren Beigeordneten Gödde und Knollmann sowie sämtlichen Mitarbeitern der Verwaltung danke ich im Namen der SPD-Fraktion für die gute Zusammenarbeit und die geleistete Arbeit sehr herzlich und schließe mit den besten Wünschen für das bevorstehende Weihnachtsfest und das neue Jahr 2013! Glückauf!

Haushaltsrede
des Vorsitzenden der CDU-Fraktion

Haushaltsrede 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Die 3. Fortschreibung des Haushalts sicherungskonzeptes zeigt deutlich- wie die bisherigen Fortschreibungen- dass die Zielsetzung des Konsolidierungskonzeptes „Wiederherstellung des Haushaltsausgleiches“ in 2016 nur mit äußerster Haushaltsdisziplin zu erreichen ist.

Die CDU Fraktion hat zum Haushalt 2013 keine Veränderungslisten eingereicht, da unsere Vorschläge zum Haushalt 2012 keine Mehrheit gefunden bzw. nicht umgesetzt wurden.

Ich erinnere nochmals an unsere Vorschläge:

Die CDU Fraktion möchte gerne die Kosten für das Friedhofswesen optimieren. In der Arbeitsgruppe, die die Arbeit nach viel zu langer Pause erst nach Ostern wieder aufgenommen hat, sollte über alternative Bestattungsmöglichkeiten beraten werden.

Bereits im Jahre 2009 hatten wir einen Antrag zur Errichtung von Urnenstelen auf dem Friedhof Pumpe Stich gestellt.

Nach einstimmigen Beschlüssen im Ausschuss und sogar der Einrichtung einer Haushaltsstelle im Haushalt für 2012 sah alles danach aus, dass der Verwirklichung nichts mehr im Wege steht.

Es musste nun die Friedhofsgebührensatzung überarbeitet werden und man hörte über Monate nichts mehr vom Arbeitskreis. Die Verwaltung sollte rechnen. Nur wurde niemals eine Gebührenordnung vorgelegt, welche die Urnenstelen berücksichtigte.

Stattdessen sollte diese Satzung, welche zum Nachteil von Erdbestattungen geschrieben wurde, schnellstmöglich im Haupt- und Finanz Ausschuss abgesegnet werden, obwohl die Mitglieder aus dem Arbeitskreis noch erheblichen Beratungsbedarf sahen.

An dieser Stelle kommen sie ins Spiel Herr Bürgermeister Bertram. Wenn es Ihnen argumentativ passt, dann betonen sie Ihre Neutralität vor allen Dingen als Vorsitzender des Stadtrates. Aber ist dies auch so?

Mit nichten. Als Hauptverwaltungsbeamter sind sie nach der Gemeindeordnung zur Neutralität in Wahlkampfzeiten verpflichtet. Hier in Eschweiler, keine Spur von Neutralität.

Aber Ihr wahres Gesicht haben sie gezeigt, indem sie per „Order e Mufti“ direkt Ihren Einfluss beim Arbeitskreis Friedhöfe geltend gemacht haben. Ihre Verwaltungsmitarbeiter wurden angewiesen die Gebührensatzung ohne die Berücksichtigung der Urnenstelen zu erstellen. Dies ist skandalös und das heißt im Umkehrschluss man kann sich die Arbeit in diesem Arbeitskreis sparen.

Wichtig für uns, sind Überlegungen, wie können freie Flächen, z.B. einen Teil des Friedhofs Nothberg auch anders genutzt werden. Hier können wir uns für Nothberg schon lange eine weitere Baulanderschließung vorstellen.

Wie kann man die Kosten der WBE für die Friedhofspflege senken bzw. welche alternative Bestattungsformen kann man sich in Eschweiler vorstellen bzw. welche sind vom Bürger erwünscht?

Es ist für uns völlig unverständlich, dass sie eine günstige, für Eschweilers Bürger bezahlbare Bestattungsform verhindern. Das es bewusste Nachfragen von Bürgern gibt, zeigt die Tatsache das der Bundesligist Schalke 04 einen eigenen Friedhof anbietet, welcher auch noch gut angenommen wird.

In Eschweiler gibt es keine Visionen zur alternativen Bestattungsformen, z.B. wie Friedwald, Streuwiese usw.

Überhaupt gibt es keine Überlegungen die jährlichen Kosten von 500.000 € für den Grünflächenanteil, welche durch Überhangflächen auf den Friedhöfen Dürwiß, Neu Lohn, Nothberg und St. Jöris anfallen, zu reduzieren.

Das zeigt uns: „Sie wollen gar nicht sparen“, stattdessen setzen sie auf teure Erdbestattungen, was dazu führen wird, das sich mancher Bürger außerhalb von Eschweiler bestatten lässt. Das wird zu weiteren höheren Kosten zu Lasten unseres Haushaltes führen. Diesen Trend können sie schon in Stolberg beobachten.

Gott sei Dank, hat in diesem Jahr die SPD Mehrheit und ihr Stararchitekt ihre Pläne zum Blausteinsee, am großen Strand von Honga Roa, südwestlich der Osterinsel beerdigt.

Nach jahrelangem Festhalten am Großinvestor sollen nun kleinere Schritte zur Entwicklung am Blausteinsee erfolgen.

Aber auch hier ist die gesamte Finanzierung recht fragwürdig und im Ganzen fehlt ein Konzept.

Hoffentlich bekommen die Geschäftsführer der Blaustein See GmbH noch die Kurve und realisieren endlich nach all den Jahren ein Projekt, was vorzeigbar ist. Der „Indemann“ hat es bereits in der Region vorgemacht, wie es gehen kann, wenn man denn nur will.

Ein anderes Thema ist der U 3 Ausbau in Eschweiler.

Um den Rechtsanspruch zu erfüllen, müssen NRW- weit, bis August 2013, noch 44.000 Plätze geschaffen werden.

Eschweiler wird die gesetzlich vorgegeben Quote nicht erreichen, was auch nicht verwundert, da die SPD Eschweiler genau so wie Ihre Genossen in Düsseldorf dieses Thema in 2011 verschlafen hat.

38 Millionen Euro konnte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble behalten, welche in 2011 nicht abgerufen wurden.

Stattdessen wird der Bau eines neuen Kindergartens für 3 Mio. Euro an der Franz Rüth Str. beschlossen. Mal sehen bei welchen Kosten wir landen werden, wenn die Kita steht. Dieser Prachtbau wird als Startschuss zur Umgestaltung der „Gutenbergsiedlung“ gesehen.

Schaut man mal wie andere Kommunen es machen, dann zeigt sich z.B. in der Gemeinde Roetgen, dass diese für 1,35 Mio. Euro eine 4-gruppige Kindertagesstätte gebaut hat. Eine ähnliche Konstellation findet man auch in Stolberg.

Dies sind keine Prachtbauten, allerdings sind diese funktionsfähig und auf die Bedürfnisse der Kinder abgestellt.

Die CDU hätte mit den 3 Mio. Euro nicht nur einen Kindergarten in der Franz Rüth Straße gebaut, nein auch einen zweiten, nämlich da wo Bedarf ist, in Eschweiler Ost.

Dieser impulsive Aktionismus, der nur dazu dient, überhaupt annähernd die U 3 Quote in 2013 zu erreichen, zeigt doch deutlich dass Sie es hier auch nicht so genau mit dem Sparen nehmen.

Das Ergebnis konnte man letzte Woche bei der Trägerkonferenz sehen, wonach ca. 200 Kinder unter 3 bzw. über 3 Jahre noch keinen Kindergartenplatz im Jahre 2013/2014 haben.

Schauen wir mal Herr Bürgermeister und Herr Landtagsabgeordneter Kämmerling, wie sie diesen Knoten lösen werden.

Versprochen haben sie ja viel, wir werden sie daran messen.

Weitere Einsparmöglichkeiten sah die CDU Fraktion in der Straßenbeleuchtung. Von den jährlichen Gesamtkosten entfallen ca. 60 % auf Energie und 40 % auf Betriebskosten.

Der Einsatz von wartungsarmer LED Technik in der Straßenbeleuchtung finanziert sich von selbst und spart richtig Geld in der Zukunft.

Außerdem wollte die Verwaltung prüfen, ob und welche Ampelanlagen in einem Teil der Nachtstunden gefahrlos abgeschaltet werden können, bzw. welche Maßnahmen noch nötig sind die Energiekosten zu senken.

Ergebnis: Alles bleibt beim Alten.

Gleichzeitig hatten wir gefordert die Porto bzw. Telefonkosten um mindestens 5 % zu reduzieren.

Auch dieses Ziel wird nicht erreicht.

Mit einem neuen Rat Information Systems kann Geld gespart werden. Bei 450 bis 500 Verwaltungsvorlagen im Jahr für jedes der 50 Ratsmitglieder, bringt dies, wenn dann auch erst im Jahre 2013, eine deutliche Reduzierung der Papierflut und somit eine eindeutige Kostenreduzierung.

Papier, Porto und Logistik sind Kostentreiber!

Beobachten wir mal ob das Org. Amt dies hin bekommt. Eschweiler hat bei diesem Thema großen Nachholbedarf.

Weiterhin halten wir unsere Forderung nach einer Untersuchung „Unterversorgung DSL in Fronhoven – Neu Lohn“ aufrecht.

Zugestimmt hatten wir einer Untersuchung des gesamten Stadtgebietes. Geschehen ist im Jahre 2012 nichts. Allerdings wird unsere Forderung aus dem Jahre 2010 nun umgesetzt, was den Hehrlathern und St. Jörisern zu Gute kommt. Steinzeit im Internet ist heute nicht zu verantworten. Aus Sicht der CDU Fraktion ist eine schnelle Datenverbindung nicht nur eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, nein, wir sehen da auch einen Standortvorteil der Kommune. Wir wollen und müssen hier vorne mit dabei sein und für unsere Bürger und Betriebe hervorragende Verbindungen bieten.

A pro po Betriebe:

Es gilt immer noch der alte Leitspruch:
„Ohne Haushaltskompetenz gibt es keine Wirtschaftskompetenz“.
Wenn sie meinen Herr Bürgermeister und meine Damen und Herren der SPD, der FDP und Herr Borchard, man könnte die Spirale der Gewerbesteuererhöhung immer weiter drehen, dann täuschen sie sich. Sie, Herr Bertram, konnten die Schließung einzelner Betriebe nicht verhindern. Nicht dass sie in naher Zukunft vor neuen Werktoeren stehen und den Mitarbeitern ihre Solidarität bekunden, was denen vermutlich dann nichts mehr nützen wird. Die Erhöhung der Gewerbesteuer ist kontraproduktiv und gefährdet weitere Arbeitsplätze in Eschweiler. Deshalb lehnt die CDU Fraktion jegliche Erhöhung ab.

Ebenfalls gibt es keine Konzepte zum Gebäude und Liegenschaftsmanagement.

Das „Facility Management“, ein technisches Gebäude Management als auch Energie Management findet man in der Verwaltung nicht. Statt vorausschauend zu planen, wird nur reagiert. Jüngstes Beispiel die Instandsetzungsarbeiten in der Waldschule. (Kosten ca. 2 Mio. €) Auch gibt es kein Schulentwicklungskonzept, was sich sehr deutlich an der Hauptschule Stadtmitte widerspiegelt. Hier bauen wir für 9 Mio. Euro einen An-, bzw. Umbau. Allerdings hat die Hauptschule momentan nur eine eingruppige 5. Klasse mit 22 Schülern. Sehen sie mal in den CDU Antrag. Auch haben wir im letzten Jahr bereits beantragt, die umliegende Entwicklung z.B. in Stolberg bzw.

in Aldenhoven zu beobachten. Zu diesem Zeitpunkt sahen sie Herr Bürgermeister keinen Handlungsbedarf. Die CDU Fraktion sieht allerdings doch Auswirkungen sowohl auf unsere Gesamt-, als auch auf die Hauptschule.

Gleichfalls fehlt ein Sportstättenentwicklungskonzept.

Nun steht der 3. Fußballverein auf der Matte, welcher ein Kunstrasenplatz haben möchte. Statt rigoros nein zu sagen, z.B. wie beim Seglerverein oder bei der Forderung der Don Bosco Schule, nach dem Bau einer Sporthalle, es steht kein Geld zur Verfügung, soll der Verein, das Finanzkonzept überarbeiten.

Lieber Fußballfreund Rudi Bertram, das Beispiel „Alemannia Aachen“ hat deutlich gezeigt, dass die Politik, von nicht gesicherter Finanzplanung, Abstand zu nehmen hat.

Anscheinend fällt dies einem ehemaligen Spieler bzw. Fußballtrainer gegenüber einem Segelverein einfacher, als gegen alte Sportkameraden.

Ebenfalls sehen wir das Darlehen an die Blaustein See GmbH auch kritisch. Eine Kommune hat sich an Beihilfen für ein Unternehmen nicht zu beteiligen, das verfälscht den Wettbewerb.

Zum Abschluss ist festzuhalten, dass der Haushalt 2013, zum Thema Personalschlüssel völlig intransparent ist.

Man kann keinen Zusammenhang von der Anzahl der Stellen laut Stellenplan zu den Personalkosten in den einzelnen Ämtern stellen.

Die Kostensteigerungen bei der Volkshochschule bzw. bei der Bibliothek stimmen einen sehr nachdenklich.

Auch hier keine klaren Aussagen der Verwaltung.

Stattdessen jedes Jahr das gleiche Spiel:

Der Bürgermeister, der für die Haushaltsaufstellung verantwortlich ist, setzt die Ansätze z.B. für den Citymanagement Verein oder Straßenreinigung des Rosenmontagsumzuges runter und dann kommt die SPD als „Retter der Vereine“ und setzt die Positionen wieder hoch.

Das i Tüpfelchen ist dann das die Genossen den Zuschuss für die Städtepartnerschaften erhöhen, obwohl dieser nicht gebraucht wird.

Es gibt in Eschweiler wichtigere Probleme die zu lösen sind.

Aus all diesen Gründen lehnt die CDU Fraktion:

- den Haushalt 2013,
- das Haushalts sicherungskonzept 2010 – 2016
- sowie jegliche Steuererhöhung ab.

Wir sehen so manche Entwicklung für die Zukunft mit Sorge.

Sicher ist, finden nicht weitere Haushaltskonsolidierungen statt, ist der Ausgleich 2016 gefährdet.

Deshalb werden wir die Entwicklung der Transferleistungen ab dem Jahre 2014 genau beobachten.

Erst wenn die Mehrheitsfraktion endlich rigorose Einsparvorschläge vorlegt, wird der Ausgleich 2016 gelingen.

In besonders schwierigen Situationen aber müssen wir zu parteiübergreifenden Entscheidungen zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger kommen.

Ich bedanke mich herzlich bei Ihnen für ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede
des Vorsitzenden der FDP-Fraktion

Haushaltsrede des Vorsitzenden der
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler

Ulrich Göbbels

zu den Haushaltsberatungen

2013

) Mittwoch, den 19.12.2012

Es gilt das gesprochene Wort.

Freigabe: 19.12.2012, 16:00 Uhr

)

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsentwurf 2013 setzt das fort, was seit Jahren der Tenor der Verwaltung und des SPD-geführten Stadtrates ist.

- Wir haben kein Geld - trotzdem geben wir viel Geld aus,
- wir schimpfen auf die Städteregion, den Bund wegen zu hoher Forderungen und wegen fehlender Mittelzuweisungen (gegen die jetzige Landesregierung aus Rot-Grün kann man ja nicht mehr wettern)
- wir erhalten einen Haushalt und ein HSK, welches auf Kante genäht ist.
- Wir erhöhen die Schulden auf Kosten der kommenden Generationen.

Und was folgt aus dieser Misere? Auf gar keinen Fall ein echter Sparwille!

Nein, die Stadt bittet die Bürger und Gewerbetreibenden noch stärker zur Kasse, um weiter die Einnahmen mit vollen Händen auszugeben, wohlwissend, dass die Bürger in den nächsten Jahren von steigenden Kosten und Gebühren stark belastet werden. Gelinde gesagt ist es schon schwer, bei diesen Belastungen in Eschweiler zu leben, aber sterben und sich begraben lassen, das kann man sich in Eschweiler gar nicht mehr leisten. Hierzu kommen wir noch im weiteren Verlauf der Ratssitzung.

Zur Sanierung -in Anführungszeichen- belastet der vorliegende Haushaltsentwurf die Bürger über die Grundsteuer und den Gewerbetreibenden über die Gewerbesteuer in den nächsten Jahren um knapp 8 Mio. €.

Dies geschieht vor dem Hintergrund steigender Belastungen für die Bürger und wegbrechender Arbeitsplätze in Eschweiler und in der Region. Wie soll der Mittelstand bei steigenden Kosten neue Arbeitsplätze schaffen? - Ansiedlungen von Betrieben in Eschweiler werden schwieriger, vielleicht sogar nicht mehr getätigt.

Und wer hofft, dass mit diesen zusätzlichen Einnahmen eine Straße mehr saniert wird, hat sich getäuscht – nein, bei der Unterhaltung der Straßen wird sogar gespart. Unser Erhöhungsvorschlag wurde abgelehnt.

Aber kommen wir zu weiteren Punkten:

Wie ist es möglich, dass bei der Haushaltsaufstellung der Kämmerei zwei der größten Investitionen der Stadt nicht gemeldet wurden? Und zwar das Schulzentrum Jahnstraße und der Kindergarten Franz Rütth, ich habe ihn ja schon einmal als „Dubai-Kindergarten“ bezeichnet. Schlappe 4 Mio. € werden in der Veränderungsliste nachgebucht unter der Bemerkung „Dieser Ansatz wurde irrtümlich für den Haushaltsentwurf 2013 nicht gemeldet“. – Portokasse?

Dies ist für die FDP-Fraktion nicht nachvollziehbar. Wir hoffen, dass dies nicht bezeichnend für den gesamten Haushalt steht.

Aber es gibt noch vielmehr anzumerken:

1. Vergleichen wir einmal die Entwicklung der Zahlen bei den Einsparungen im Bereich Sach- und Dienstleistungen zwischen dem 1. HSK und dem heutigen. Wir stellen fest: in der Summe werden 6,8 Mio. € weniger eingespart wie vorgesehen. Wo sind die hehren Ziele geblieben, die Einsparungen von 5 % pro anno vorsahen. Diesem Ziel hatten wir auch zugestimmt. Was soll's? wir erhöhen die Steuern. Und wenn wir es trotzdem nicht schaffen, legen wir ab 2017 ein neues HSK auf.
2. Und damit es keiner merkt, wie die Schulden gesteigert werden, greifen Sie ja mittlerweile auch zu Tricks. Thema Waldschule, da fliegen uns jetzt die unterlassenen Sanierungen um die Ohren. Und um nicht doch irgendwo sparen zu müssen, wird kurzerhand der Haushalt 2011 noch einmal aufgemacht und um 2 Mio. € verschlechtert, in dem dort nachträglich eine Instandhaltungsrückstellung von 2 Mio. € eingesetzt wird. Klar, rein rechtlich geht das - aber das sind Taschenspielertricks, denn die 2 Mio. € erhöhen trotzdem unseren Schuldenstand. Aber jetzt, wo wir den Trick erkannt haben, fragen wir uns - wo und wann sind z.B. die Instandhaltungsrückstellungen für das Rathaus gebucht worden? Diese Frage hätte ich gerne im Nachhinein von der Verwaltung beantwortet.
3. Karneval ist für Eschweiler ein großer Wirtschaftsfaktor und Sie, Herr Bürgermeister, stehen doch immer in vorderster Reihe, wieso fordern Sie und Ihre Stadtverwaltung dann die Reinigungsgebühren, die nach dem Rosenmontagszug anfallen, zu streichen? Wollen sie jeden Zugteilnehmer zur Kasse bitten oder einen Besen in die Hand drücken? Gott-sei-Dank haben die FDP- und SPD-Fraktionen den alten Ansatz wieder eingestellt.
4. Die Gewerbesteuer erhöhen und den Zuschuss zum Citymanagement kürzen, das zeigt, was Ihnen Wirtschaft und Gewerbe Wert sind. Wer schafft hier vor Ort eigentlich Arbeitsplätze? Wer kümmert sich um den Zusammenhalt der Händler und Gewerbetreibenden vor Ort? Und die Show der SPD, dann jedes Jahr diesen Betrag doch wieder einzustellen, wird langweilig und bleibt unglaubwürdig
5. Die Schulden in der Stadt steigen weiter, nun auf rund 165 Mio. € und das ist nicht das Ende der Fahnenstange. Diese Schulden müssen irgendwann zurückgezahlt werden. Jetzt sind die Zinsen niedrig, besonders für die Kassenkredite, also verschulden wir uns munter weiter, ähnlich wie einer, der verdurstet, und Salzwasser trinkt.
Aber was passiert, wenn diese Kassenkredite – die in den nächsten Jahren bis dicht an die 100 Mio. € hochgefahren werden - mit höheren Zinsen belegt werden? Ja, dann ist der Haushalt gar nicht mehr auszugleichen.
Daraus folgt für uns: Schulden tilgen und Eschweiler zukunftsfähig machen.
6. Das Ziel aller Parteien in Eschweiler war es bisher, nicht bei Schulen und Sozialem zu sparen. Warum also finanziert man eher Buswartehäuschen und erhöht die Mittel für Städtepartnerschaften, als der Kirche einen Zuschuss für einen Sozialarbeiter, es handelt sich nur um einen Betrag von 12.000 €, zu geben. Wohl wissend, dass man einen zusätzlichen, wünschenswerten Streetworker der Stadt nicht finanzieren kann. Wir können diese verschobene Prioritätensetzung nicht verstehen.

Und noch eine letzte Anmerkung meinerseits: Die Steuererhöhungen könnten niedriger ausfallen, wenn die Personalkosten in der Stadt reduziert würden. Herr Bürgermeister, wer etwas nicht bezahlen kann, muss sparen. Und damit dieses nicht zu Lasten der Mitarbeiter geht, sagen wir:

- Leistungen müssen entfallen, z.B. kürzere Öffnungszeiten,
- Schließung bis auf Notdienste im Umfeld von Feiertagen und am Jahresende,
- Zusammenlegung von Dienstleistungen mit Nachbarkommunen.

Das kann man alles schaffen ohne schlechtere Bezahlung und ohne Entlassungen. Aber scheinbar sind die Personalkosten für die SPD und den Bürgermeister eine „heilige Kuh“.

Wir können nur dafür werben die Haushaltssatzung nach Alternative 2, FDP-Vorschlag, zu beschließen und das HSK entsprechend anzupassen. Wir haben einen Kompromiss aus Sparen und Steuererhöhungen vorgelegt.

Und dies ist der FDP nicht leicht gefallen. Besonders nicht unter der Option, die Gewerbesteuer in diesem Vorschlag mit anzuheben. Aber mit diesem Vorschlag sehen wir einen Einstieg in die Gesundung der Stadtfinanzen.

Der uns heute von der Verwaltung vorgelegte Haushalt und die damit verbundene Fortschreibung des HSK wird von der FDP-Fraktion abgelehnt. Er zeigt uns, dass hier nicht sorgfältig für die Zukunft der Stadt Eschweiler gearbeitet wird. Kosten und Lasten sind einseitig auf die Bürger, die Gewerbetreibenden und auf kommende Generationen verlagert. Wir bedauern dieses, denn unsere Stadt hat Besseres verdient.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede
des Vorsitzenden der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Eschweiler

Fraktionssprecher Franz-Dieter Pieta

Rede zum Haushalt 2013 in der Stadtratssitzung am 19.12.2012

--- Es gilt das gesprochene Wort ---

Ein grüner Haushalt sähe anders aus.

Es wurde in den vergangenen Jahren von der Verwaltung nicht wirklich an einer nachhaltigen Entwicklung für Eschweiler gearbeitet. Der vorliegende Haushalt repräsentiert auch falsche Entscheidungen, die in der Vergangenheit getroffen wurden.

Es fehlt eine öffentliche Diskussion über konkrete Entwicklungsziele für Eschweiler im Ganzen. Die Verwaltung mit einem direkt gewählten Bürgermeister als Chef hat daran kein Interesse, die Mehrheitsfraktion auch nicht, da sie dadurch bei ihren Entscheidungen gebunden wäre.

Der demografische Wandel wird zu weniger Kindern und mehr älteren Menschen führen. Besonders für diese Bevölkerungsgruppe muss es in der Innenstadt bezahlbaren Wohnraum geben. Der ÖPNV-Ausbau ist auch darauf auszurichten. Dazu kommt noch, dass bis 2030 die Anzahl der Einwohner in Eschweiler deutlich sinken wird. Das muss bei der Planung von Baugebieten berücksichtigt werden. Hier gibt es von der Verwaltung und von der Mehrheitsfraktion keine erkennbaren sinnvollen Ansätze.

Ebenfalls fehlt ein Plan zum Ausbau oder zur Instandsetzung von Schulgebäuden, der den demografischen Wandel berücksichtigt.

Mittel für Sportplätze: Auch hier sollte eine Masterplan entwickelt werden, so wie es Politiker im Sportausschuss vorgeschlagen haben. Nur so ist eine politische Diskussion möglich.

Die Attraktivierung der Stadt durch mehr Aufenthaltsqualität darf sich nicht nur in Straßenbaumaßnahmen erschöpfen. Die Aufenthaltsqualität der Innenstadt muss verbessert werden, die Entwicklung des Lebens auf dem Marktplatz sollte behutsam unterstützt und nicht durch Baumaßnahmen abgewürgt werden.

Der Park-Such-Verkehr in der Innenstadt muss reduziert werden. Hier fehlt es der Verwaltung an Mut zum Umdenken. In einem grünen Parkkonzept würde es höhere Gebühren für das Parken am Straßenrand geben, hingegen niedrige Gebühren in Parkhäusern und auf Parkplätzen, bei denen erst bei der Ausfahrt bezahlt wird. Denn statt suchend in der Stadt herumzukurven, könnten Autofahrer solche Parkmöglichkeiten direkt und gezielt ansteuern und dann entspannt durch die Stadt bummeln, ohne ständig auf die Uhr sehen zu müssen.

Immer noch nicht wird realisiert, dass das Weisweiler Kraftwerk von RWE Power in nicht all zu langer Zeit zugemacht wird. Das wird nicht schlagartig 2030 passieren, sondern nach und nach durch das Abschalten einzelner Blöcke. Eschweiler muss sich auf die Zeit nach der Braunkohle vorbereiten – auch durch mehr Personal in der städtischen Wirtschaftsförderung. Die aktuellen 1,9 Arbeitsposten reichen nicht aus. Hier muss auch überregional gedacht werden.

Eine Stadt wird auch durch kulturelle Angebote attraktiv, lebens- und liebenswert, dazu zählt auch eine gut ausgestattete Stadtbücherei. Wir Grüne fordern in Übereinstimmung mit vielen Experten, dass pro Einwohner und Jahr 1 Euro für die Anschaffung neuer Medien bereitgestellt werden soll, für Eschweiler wären das also rund 55.000 Euro im Jahr. Die Ratsmehrheit begnügt sich mit 42.000 Euro und nimmt damit in Kauf, dass der Medienbestand in der Stadtbücherei nach und nach veraltet und dass die Bücherei unattraktiv wird.

Der Skaterplatz an der Indestraße ist für viele Jugendliche ein sehr beliebter Treffpunkt. Die Anlage muss allerdings dringend saniert werden. Unseren Antrag, die erforderlichen Mittel im Haushalt 2013 bereitzustellen, hat die Mehrheit mit dem Hinweis abgelehnt, es stünden noch Gelder aus 2012 bereit. Wir sind gespannt darauf, ob und wann diese Gelder freigegeben und eingesetzt werden.

Sehr ärgerlich ist für uns Grüne auch, dass ausgerechnet bei der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude gespart werden soll. Hier sind mehrere bereits fest eingeplante Maßnahmen auf spätere Jahre verschoben worden. Dies ist sehr kurzsichtig gedacht, denn energetische Sanierungen sind mit Blick auf den Klimaschutz und auch auf die Energiekosten ein Gebot der Stunde und nicht der fernen Zukunft. Wir fordern eine konsequente Reduzierung des Energieverbrauchs in den städtischen Gebäuden über umfassende Sanierungspläne mit festen Zielvorgaben und Zeitfenstern.

Erforderlich ist auch ein besseres Energiemanagement. Es geht nicht an, dass Toilettenspülungen in Schulen rund um die Uhr durchlaufen oder das Licht in Sporthallen samstagnachts brennt, ohne dass sich jemand darum kümmert. Hier wird Geld ohne Not verschwendet.

Die Grünen haben mehrmals beantragt, bei der Stromversorgung der städtischen Liegenschaften endlich auf regenerative Energien umzusteigen. Doch selbst eine kostenneutral mögliche und von der EWW angebotene komplette Umstellung auf Ökostrom aus Altanlagen, sprich aus bestehenden Wasserkraftwerken, wird von der hiesigen SPD und anderen Parteien kategorisch abgelehnt. Zahlreiche andere Kommunen haben diesen Schritt längst vollzogen. Doch in Eschweiler ist die Energiewende offenbar noch nicht angekommen. Die heißen Dampf Wolken aus den geliebten Weisweiler Kühltürmen vernebeln der Ratsmehrheit nach wie vor den Blick auf die aktuellen klimapolitischen Herausforderungen.

Eine Karikatur in der Frankfurter Rundschau: Ein Paar vor dem Fernsehen: „Die globale Klimaerwärmung kann uns egal sein, wir wohnen nicht in Pakistan und haben auch keine Kinder.“ Global denken, lokal handeln. Die gescheiterten Verhandlungen in Doha zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und damit der Begrenzung der globalen Klimaerwärmung zeigen, dass sich weltweit nur etwas ändern wird, wenn die entwickelten Industrienationen selber vorleben, dass Wohlstand nicht nur bei hohen CO₂-Ausstoß möglich ist. Hier sind auch die Chancen für eine Exportnation!

Um den Individualverkehr und damit den Verbrauch von fossilen Brennstoffen zu reduzieren, muss der ÖPNV attraktiver werden. Die Grünen haben die Einstellung von Mitteln für Buswartehäuschen beantragt. Dies wurde mit Hinweis darauf abgelehnt, dass Landeszuschüsse, wenn überhaupt, erst 2017 fließen werden. So lange wollen wir Grüne nicht warten. Wir werden hier Anträge für einzelne Bushaltestellen stellen, z. B. für das neue Altenzentrum am Florianweg. Nutzerinnen und Nutzen von Bussen dort und anderswo dürfen nicht bis 2017 im Regen stehen gelassen werden.

Umweltschutz scheint in Eschweiler grundsätzlich keinen hohen Stellenwert zu haben. Eine Bojenkette auf dem Blausteinsee soll fortan ein Drittel der Seefläche schützen, damit sich die Tier- und Pflanzenwelt dort ungestört entwickeln kann. Dies ist seit 20 Jahren planungsrechtlich so vorgesehen und soll über den neuen Landschaftsplan der Städteregion nun endlich auch in die Tat umgesetzt werden. Dabei wurde eine Kompromisslösung entwickelt, die es den Wassersportlern ermöglicht, in den Sommermonaten zusätzliche Seeflächen zu nutzen. Und was macht der Eschweiler Bürgermeister? Er ruft die Politiker in der Stadt und der Region in einem Brief dazu auf, einfach alles so zu lassen wie es jetzt ist. Damit setzt er sich über die Empfehlungen und Forderungen sämtlicher Fachbehörden bis hinauf zum Landesumweltamt hinweg. Und er behauptet auch noch, dass weniger Naturschutz am Blausteinsee nicht nur im Interesse aller Eschweiler Bürger liege, sondern sogar im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Städteregion. Woher hat Herr Bürgermeister Bertram dieses Mandat? Für uns, den Naturschutzbund Nabu und viele andere spricht er jedenfalls nicht. Gut, dass die grün-schwarze Mehrheit im Städteregionstag diesem peinlichen Brief keine Beachtung geschenkt hat.

Ein bereits Anfang 2012 angekündigtes Wassergutachten für den Blausteinsee liegt unserer Fraktion trotz mehrfacher Anforderung bei der Verwaltung immer nicht vor. Sollte dieses Gutachten etwa nicht so ausgefallen sein wie gewünscht? Werden unangenehme Wahrheiten unter der Decke gehalten? Ungefähr ab 2032 und möglicherweise schon früher wird RWE kein Tagebauwasser mehr liefern können. Woher soll der Wassernachschub für den See in Zukunft kommen, wie viele Jahrzehnte muss noch gepumpt werden, wer zahlt das alles? Ist die Idee, die Inde oder die Rur für den Blausteinsee anzuzapfen, überhaupt umsetzbar? Würde die Wasserqualität dann noch zum Baden ausreichen? Weshalb hat sich die ursprünglich kalkulierte Pumpdauer erst um Jahre und inzwischen um mehrere Jahrzehnte bis angeblich 2050 verlängert? Fragen über Fragen, die zügig geklärt werden sollten – am besten, bevor die Blausteinsee GmbH ihre mit heißer Nadel gestrickten Baupläne für ein Seerestaurant mit Millionenaufwand in die Tat umsetzt.

Uns ist kein Zeitplan zur Instandsetzung von Straßen und öffentlichen Gebäuden, z. B. Schulen bekannt. Es fehlt eine politische Diskussion darüber, was wann wie getan werden muss, um die städtische Infrastruktur dauerhaft in Schuss zu halten. Vielleicht sind solche Pläne ja vorhanden und der SPD auch bekannt, dem Rest des Rates sind sie es nicht.

Dabei ist offensichtlich, dass mehr Mittel für die Straßeninstandsetzung auch schon 2013 bereitgestellt werden müssten. 370.000 Euro reichen einfach nicht aus. Unser Antrag auf Erhöhung des Ansatzes wurde abgelehnt. Für die unnötige Sanierung des Marktplatzes ist jedoch Geld da! Unser Antrag, den Marktplatz baulich so zu lassen, wie er jetzt ist, wurde abgelehnt – unter anderem mit dem Verweis darauf, dass die geplante Umgestaltung vom Land bezuschusst werde. Doch auch Gelder des Landes sind Steuergelder und werden damit von uns allen gezahlt. Es würde aus grüner Sicht reichen, den Marktplatz zeitweise für den Verkehr zu sperren und Bäume nur dann nach und nach auszutauschen, wenn sie krank sind und deshalb umzustürzen drohen.

Bei den Haushaltsberatungen fiel es auf, dass Änderungsanträge der SPD nie auf einen Finanzierungsvorbehalt der Verwaltung stoßen. Das läuft ungefähr so: Ihr wollt zusätzlich 5.000 € für die Städtepartnerschaften ausgeben? Kein Problem, sagt der Kämmerer, das bauen wir in den Haushalt ein. Alle Vorschläge der Opposition hingegen schmettert die Verwaltung mit der Begründung ab, es sei kein Geld da: Ihr wollt zusätzlich 8.000 € für die Jugendarbeit in St. Peter und Paul? Nein, nein, nein, das wäre eine zusätzliche freiwillige Ausgabe, der wir beim besten Willen nicht zustimmen können. Die SPD folgt dem dann regelmäßig.

Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und der SPD erscheint insgesamt sehr intensiv zu sein. Viele leitende Mitarbeiter der Verwaltung sind SPD-Mitglieder und nehmen anscheinend regelmäßig an den Fraktionssitzungen der SPD teil. Entscheidungen in den Ausschüssen und im Rat werden im stillen Kämmerlein gemeinsam vorbereitet.

Die SPD-Mehrheit ist offenbar fest entschlossen, die Sache in all ihrer Machtvollkommenheit alleine durchzuziehen. Anregungen der Opposition werden schon aus Prinzip grundsätzlich ohne große Diskussion abgelehnt, selbst, wenn es nur um wenige Tausend Euro geht. Eine Bereitschaft, die anderen Fraktionen in einer äußerst schwierigen finanziellen Situation mit ins Boot zu holen, ist bei der SPD nicht erkennbar. So zu verfahren, ist fraglos das Recht der Mehrheit, auch wenn sich diese Mehrheit nur dank der Bürgermeisterstimme ergibt. Allerdings darf diese Mehrheit im Gegenzug dann auch nicht auf ein Entgegenkommen der anderen Ratskolleginnen und -kollegen hoffen.

Wie gesagt: Ein Grüner Haushalt sähe anders aus als der vorliegende Haushalt der Verwaltung und der SPD. Auch unter dem Spardiktat eines Haushaltssicherungskonzeptes wären andere, bessere Schwerpunkte in der Eschweiler Politik möglich. Wir lehnen den von der Verwaltung eingebrachten und von der SPD leicht veränderten Haushalt 2013 deshalb ab.

Haushaltsrede
des Vorsitzenden der UWG-Fraktion

Haushaltsrede
UWG-Stadtratsfraktion
am 19.12.2012

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Vorfeld der heutigen Sitzung gab es bei allen im Rat vertretenen Gruppierungen 100%-ige Einigkeit.

Nein, keine Zustimmung zum Haushalt 2013, sondern zur Kürzung der Redezeit zum Haushalt auf 5 bis 7 Minuten, statt der sonst üblichen 20 Minuten.

Wirft da etwa schon die zukünftige Situation der Stadt ihre Schatten voraus?

Als zukünftige Stärkungspaktgemeinde werden wir hier überhaupt nichts mehr zu sagen haben.

Die politische Einflussnahme und kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten bleiben dann vollends auf der Strecke.

Die jetzt verbliebene Redezeit steht in direkter Relation zur verbliebenen Mitwirkungsmöglichkeit.

Tatsächlich hat es die Mehrheitsfraktion der SPD zusammen mit der ebenfalls SPD-dominierten Verwaltung geschafft, einen Haushalt 2013 vorzulegen, zusammen mit einem Haushaltssicherungskonzept, das ein Ende der Haushaltssicherung, in der wir uns z. Zt. befinden, für 2016 voraussagt.

Sogar ein bescheidenes Plus für das Jahr 2016 will man der Kommunalaufsicht verkaufen – Papier ist ja bekanntlich sehr geduldig.

Für eine Tilgung der bis dahin aufgelaufenen Altschulden von voraussichtlich 300 Mio. € fehlt jegliches Konzept.

Geht man von einer angenommenen Tilgung in Höhe von 1 Mio. € pro Jahr aus, würden wir mehr als 300 Jahre benötigen – Zinsen nicht eingerechnet.

Der Haushalt der Stadt ist keineswegs auf dem Weg der Genesung.
Nach wie vor bleibt Jahr für Jahr eine Unterdeckung von ca. 12 Mio. €, weil mit der Einführung des NKF jetzt, wie bei kaufmännischen Buchführungen üblich, die Abschreibungen erwirtschaftet werden müssen.

Ich erinnere mich nur zu gut an die Äußerung des Kämmerers vor zwei Jahren: Ohne Abschreibungen hätten wir einen ausgeglichenen Haushalt.

Aber man kann nicht auf der einen Seite von den Vorteilen des NKF profitieren – ich erinnere an die Ausgleichsrücklage, eine fiktive Vermögensposition zur Überbrückung der Umstellung von der kameralistischen auf die kaufmännische Buchführung in Höhe von 22 Mio. Euro, auf der anderen Seite aber die Nachteile, wie z.B. das Einstellen von Abschreibungen in den Haushalt, beklagen.

Ach übrigens, die Ausgleichsrücklage ist mittlerweile auch aufgebraucht.

Wie also wird die Unterdeckung des städtischen Haushalts finanziert?

Richtig, mit Vermögensverzehr.

2007, also bei Einführung des NKF, betrug das Reinvermögen der Stadt 133 Mio. €.

Jetzt, nach Ende des Haushaltsjahres 2012, beläuft es sich gerade einmal auf 72 Mio. €. Gleichzeitig muss der Kreditrahmen für Kassenkredite auf 100 Mio. € in 2013 angehoben werden.

Die UWG hat von Anfang an darauf hingewiesen, dass dies mittlerweile keine kurzfristigen Kreditaufnahmen mehr sind, wie vom Gesetzgeber vorgesehen, sondern langfristige Kredite, weil sie weder kurz- noch mittelfristig noch überhaupt zurückgezahlt werden können.

Die Tatsache einer drohenden Überschuldung hält den Bürgermeister allerdings nicht davon ab, immer wieder von Schuldenabbau zu reden.

Unter Berücksichtigung der eben erläuterten Entwicklung könnte man unterstellen, dass dies wider besseres Wissen geschieht.

Die jährlichen Abschlüsse und Bilanzen werden Sie doch lesen?

Die städtischen Verbindlichkeiten übersteigen das städtische Reinvermögen - das Eigenkapital - inzwischen ganz erheblich.

Noch gewähren Banken Kassenkredite, aber nicht mehr in beliebiger Höhe.

Für die in Eschweiler benötigten Finanzmittel müssen mittlerweile mehrere Bankinstitute in Anspruch genommen werden.

Gnade uns Gott, wenn der jetzige Zinssatz über kurz oder lang steigt.

Das sind die Fakten zum Haushalt 2013.

Nun zur politischen Aussage der UWG.

Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen, weil er keine Perspektiven aufweist, das Etatloch von 10 bis 11 Mio. € zu beseitigen.

Die von der UWG seit Jahren geforderte Konsolidierungspolitik geißelte man mit der SPD-Mehrheit als Zerstörung der Standortqualität, Sparen denunzierte man als Kaputtsparen, interkommunale Vergleiche sortierte man unter das Äpfel-und-Birnen-Syndrom.

Den Appell der UWG, durch Strukturreformen uns selber zu helfen, tat man ab mit der falschen Hoffnung auf eine geradezu paradiesische Gemeindefinanzreform.

Eine von der UWG angeregte Sparkommission, die über politische Grenzen hinweg Sparpotentiale erarbeiten sollte, lehnte man daher auch konsequent ab.

Die von der SPD-Mehrheitsfraktion beschlossene Erhöhung der Hebesätze bei den Grundsteuern und der Gewerbesteuer verkleinert zwar das Etatdefizit, kann es aber nicht beseitigen.

Sie sind nur der Anfang drastischer Mehrbelastungen für die Bürger.

Die einkalkulierten Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer stehen ohnehin auf mehr als wackligen Füßen.

Ein großer Gewerbesteuerzahler in Eschweiler leistet seit Mitte 2012 keine Vorauszahlungen mehr auf diese Steuer, weil er durch hohe Abschreibungen keine Erträge mehr erwirtschaftet, die das bisherige Volumen dieser Steuer rechtfertigen.

Diese Thematik wurde an allen Standorten des Konzerns sowohl von den Verwaltungen als auch von der Presse aufgegriffen, nur hier in Eschweiler nicht.

Das auf Kante genährte Haushaltssicherungskonzept wollte man offensichtlich nicht durch Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer schon im Vorfeld seiner Schlüssigkeit berauben.

Die Anhebung der Grundsteuer, also die Abgabe für Grund und Boden, belastet nicht nur die Hauseigentümer, sondern auch die Wohnungsmieter.
Diese Steuer wird in der Regel auf die Nebenkosten umgelegt.

Aber auch bei den Gebühren wird der Bürger kräftig zur Kasse gebeten.
Bei den Abwassergebühren lässt sich die Stadt das Anlagevermögen mit sage und schreibe 6,5 % verzinsen, und das nicht etwa von den tatsächlichen Herstellungskosten sondern von hochgerechneten Wiederbeschaffungskosten.

Eine weitere gravierende Fehlentwicklung wird bei den Friedhofsgebühren deutlich.

Auch hier soll jetzt der Bürger für Fehlplanungen der SPD-Mehrheitsfraktion die Zeche zahlen.

Die Kosten für am Bedarf vorbeigeplante viel zu große und damit zu teure Friedhöfe müssen jetzt dem Bürger auferlegt werden.

Ich darf an dieser Stelle nur an den Bezirksfriedhof St. Jöris erinnern.

Zeitgemäße Bestattungsarten, wie Urnenstelen, werden abgelehnt, weil damit wegen der notwendigen Investitionen die Gebühren noch weiter steigen müssten.

Die Mitwirkung der Opposition bei der Gestaltung der Friedhöfe und der Friedhofsgebühren war offensichtlich auch nicht gewünscht.

Wie sonst lässt es sich erklären, dass die überfraktionelle Arbeitsgruppe Friedhöfe im Jahr 2012 erstmals im November einberufen wurde und die heute hier zu verabschiedende Friedhofssatzung präsentiert bekam.

Mitwirkung sieht anders aus!

Mut zu Neuem und unkonventionellen Wegen hätte man sofort nach der Verfügung der Kommunalaufsicht zur Haushaltsgenehmigung 2012 zur Vermeidung weiterer Unterdeckung bei den Friedhofsgebühren zeigen müssen.

Die nunmehr präsentierten Notpläne zur Rettung der kurz vor der Insolvenz stehenden Blausteinsee GmbH werden sich nicht realisieren lassen.

Diese Ente hätten sie besser nicht aufs Wasser gesetzt, sie ist bleiern und wird in den Untiefen des gepumpten Wassers untergehen.

In den letzten Jahren hat die UWG die Verwaltung immer wieder auf Millionendifferenzen im vorgelegten Haushaltsentwurf hinweisen müssen.

Die „vergessenen“ Millionen-Ansätze für den Umbau der Schule Jahnstraße und den Bau des Kindergartens Franz-Rüth-Str. wurde diesmal bemerkt und „gegenfinanziert“ durch Verschiebung der dringend erforderlichen Fassadensanierung des Rathauses.

Aber wie im Vorjahr wurden uns Bilanzen der ausgelagerten städtischen Betriebe und Beteiligungen präsentiert, die nicht aktuell sind: Gründungszentrum Bilanz 2010, Strukturförderungsgesellschaft Bilanz 2010, WBE Bilanz 2010 und als Highlight die Bilanz der BKJ von 2007!!

Aktuelle Information der Ratsmitglieder und der Öffentlichkeit sieht anders aus.

Mit Ihrer sturen dogmatisch geprägten Kommunalpolitik, die grundsätzlich alle guten Lösungsansätze anderer Gruppierungen rigoros überstimmt, sind Sie - meine Damen und Herren von der SPD - auf dem besten Weg, diese Stadt vollends in die totale Überschuldung zu wirtschaften.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Erich Spies
(Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsrede
von RM Albert Borchardt

Kaltes Land

Ich bin es gewohnt meinen Bildern Titeln zugeben und dem Betrachter einen Hinweis eine Hilfestellung zugeben bei vermeintlich gegenstandslosen Arbeiten. Und so werde ich wie in den Jahren zuvor auch diese Rede betiteln und eine Richtung vorgeben - Kaltes Land.

Dazu zitiere ich kurz aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948

Artikel 22 "Jeder hat [...] das Recht auf soziale Sicherheit mit Anspruch darauf, [...] in den Genuss wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte zu gelangen, die für seine Würde unentbehrlich sind.« Und Artikel 25: »Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige Leistungen.«

Dieser Verantwortung haben wir auch als Kommunalpolitiker Rechnung zutragen. Eine Kommune ist kein Konzern und wir müssen den Haushalt nicht nach der Gewinnmaxime beraten und beschließen, jedoch wirtschaftlich verantwortlich handeln.

Jetzt, kurz vor Weihnachten könnte man geneigt sein „Alle Jahre wieder“ die Beratung zum Haushalt zu umschreiben. Das es sich hier nicht um ein Wunschkonzert handelt, war schon vor den Beratungen allen bewusst. Auch dass wir im Prinzip mit dem Rücken an der Wand stehen. Die einen glauben immer noch, mit sparen würde man den Haushalt sanieren können, die anderen denken, mit Taschenspielertricks über die Runden zu kommen.

Meine Damen und Herren, ihnen fehlt der Mut mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und sich endlich für unsere Bürger einzusetzen. Nur die dümmsten Käber wählen ihren Schlächter selbst.

Radikales Sparen in der Krise hilft nicht beim Schulden-abbau, dies zeigen ökonomische Analysen. Wer über seine Verhältnisse gelebt hat, muss den Gürtel solange enger schnallen, bis seine Verbindlichkeiten wieder auf ein erträgliches Maß gesunken sind. Das ist die Logik der viel zitierten schwäbischen Hausfrau, über die so viele Witze gemacht werden.

Als Richtlinie für die staatliche Haushaltspolitik taugen solche Vorstellungen jedoch nicht. So kann radikales Sparen im ungünstigsten Fall mit noch mehr Schulden enden – wie derzeit in Griechenland. Der Weg zu einem mittelfristig ausgeglichenen Haushalt muss mit einer präzisen Lageanalyse beginnen: Was sind die Ursachen des Defizits, wie entwickelt sich die Konjunktur und welche Zusammenhänge bestehen zwischen beiden Größen?

Dass die Krise bei uns angekommen ist, sollte doch wohl mittlerweile jeder begriffen haben. Wie sich international aufgestellte Konzerne verhalten sollte mittlerweile auch jedem klar sein. Die einen kassieren Fördergelder und machen dann dicht, die anderen schließen intakte Betriebe – aktuelles Beispiel ist Prysmian - ohne dass die Mitarbeiter überhaupt die Möglichkeit erhalten, gemeinsam eine Lösung zu finden oder beschäftigen nur noch Zeitarbeiter über Leihfirmen, moderner Sklavenhandel mit vorprogrammierter Altersarmut.

Ich zitiere Stéphane Hessel

Und was die sozialen Rechte angeht, so kann von einer echten wirtschaftlichen und sozialen Demokratie nach wie vor nicht die Rede sein. Das gesamte Fundament der sozialen Errungenschaften ist heute in Frage gestellt, die Schere zwischen ganz arm und ganz reich öffnet sich immer mehr [- weltweit wie auch bei uns in den industrialisierten Ländern! -,] und das im Westen herrschende, materialistische Maximierungsdenken hat den Globus in eine Krise gestürzt, aus der wir uns befreien müssen, egal, wo uns diese Krise entgegentritt.

Weiter aus seinem Aufruf »Empört Euch«

Die Macht der Reichen und der Lobbyisten muss gebrochen werden, der Einfluss des großen Geldes darf nicht mehr die alles beherrschende Rolle spielen. Es muss Schluss gemacht werden mit der Verachtung der Schwächsten, mit dem Auseinanderklaffen von extremer Armut - auch in den europäischen Ländern und arrogantem Reichtum. Die Medienwelt wird heute von den

Reichen beherrscht, ein entschiedenes Ja für eine wirklich unabhängige Presse ist dringlicher denn je.“

Wer darf über unser Gewissen verfügen? Wer verfügt über Ihr Gewissen – im Umgang mit Geld?

Ich möchte nicht schon wieder wiederholen müssen das die Regierung Schröder Steuerentlastungen zu Gunsten des Kapitals von inzwischen über 500 Milliarden Euro seinerzeit beschlossen hatte und einen Paradigmenwechsel einläutete. Das grundsätzlich negative Menschenbild des Neoliberalismus wurde als Grundannahme in die Sozialpolitik eingeführt. Hartz war als Namensgeber genau das, was die Bundesagentur für Arbeit jetzt Jobcenter ihren „Kunden“ als Standard vorwirft: untreu. Es passt also bestens zusammen.

Resolutionen sind schon ein feine Sache. Hier können wir unsere Ansichten und Meinungen manifestieren oder auch einfach nur schweigen. In diesem Rat wird mit Resolutionen sehr sorgsam umgegangen und nicht zu jedem, wenn auch sicherlich berechtigtem Anliegen, eine vorgelegt. Ich erinnere an die Finanztransaktionsteuer. Meine Damen und Herren der CDU, können sie bei der Kehrtwende ihrer Kanzlerin noch folgen, die sich vehement dafür ausspricht?

Wiedereinführung der Vermögenssteuer

Ich empfehle jeden nochmal das Protokoll zu lesen, auch wenn sicherlich leider keine Wortprotokolle möglich sind reichen diese Aussagen vollkommen aus sich ein Bild zu machen, inwieweit über den engen Tellerrand geschaut wird.

Die Vermögenssteuer kommt unmittelbar den Kommunen zugute und ist keineswegs ein Nullsummenspiel. Ich gehe von der Schlüsselzuweisung 2012 aus und dies würde für Eschweiler ein Plus von knapp 5 Millionen Euro bedeuten. Bei 5 % ab einem Nettovermögen von 1 Mio. EUR und die Kommune würde 23% davon erhalten. Diese Summe würde uns sehr wohl helfen – oder?

Nach Art. 106 Abs. 7 Grundgesetz ist das Land verpflichtet, die Kommunen an den sog. Gemeinschaftssteuern (Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuern) zu beteiligen. Was die Beteiligung von Kommunen an reinen Landessteuern angeht, so „bestimmt die Landesgesetzgebung, ob und inwieweit das Aufkommen der Landessteuern den Gemeinden (Gemeindeverbände) zufließt.“

Derzeit beteiligt das Land die Kommunen lediglich an der Grunderwerbssteuer. Vier Siebtel der Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer kommen in den Topf des Kommunalen Finanzausgleichs, in die sog. Verbundmasse, und werden darüber an die Kommunen verteilt. Früher war es auch schon einmal so, dass die Kommunen zu hundert Prozent an der Grunderwerbssteuer beteiligt wurden.

Hier gilt es, Herr Landtagsabgeordneter sich einzusetzen.

Nach den obligatorischen allgemeinen Bemerkungen nun zum vorliegenden Haushalt.

Wie schon beschrieben werden die Mittel den Kommunen beschnitten und gleichzeitig Aufgaben neu zugeteilt ohne einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Dies wird im Rat allgemein auch anerkannt, nachzulesen in den zurück liegenden Haushaltsreden. Und dennoch wird nicht auf das Konnexitätsprinzip gepocht.

Ich höhere wir müssen sparen, gemeint ist kürzen und verzichten. Wir hätten ein Ausgabenproblem. Ich erinnere an meine Ausführungen vom Anfang. Wir haben ein Gerechtigkeitsproblem und letztendlich dadurch ein Einnahmeproblem. Wir brauchen keinen Sparausschuss, wenn bräuchten wir einen Kreativitätsausschuss, indem durchaus die ein oder andere Einsparung diskutiert werden könnte aber vor allem – wie wir Einnahmen regenerieren können.

Das in dieser Situation moderat Grundsteuer und Gewerbesteuer erhöht werden ist nachvollziehbar. Im nächsten Jahr werden wir mit den Forderungen der Inklusion konfrontiert sein.

Dies wird ganz rasch jeden Haushalt sprengen, sollte sich die Landesregierung ihrer Verantwortung hinsichtlich der Konnexität entziehen.

Wie allgemein die Kosten im Sozial- und Jugendbereich schnell Kalkulationen über den Haufen werfen können. Es ist löblich eine Sozialpäd. Fachkraft einstellen zu wollen im Jugendzentrum St. Peter und Paul. Jedoch wenn das Bistum gleichzeitig einen Gewinn von über 40 Millionen Euro zu verbuchen hat stellt sich die Frage „Wieso soll eine Stadt dafür Geld geben“. Die Stelle ersetzt keinen Streetworker.

Thema Hauptschule:

Bis auf meine Person haben alle für eine zukunftsfähige Hauptschule die Gelder bewilligt. Jetzt tritt ein, was allgemein bekannt ist, zu wenige Anmeldungen. Wieso wird hier nicht eine 2. Gesamtschule oder Sekundarschule installiert? Dies würde auch eine Entlastung der jetzigen Gesamtschule bedeuten. Dass das dreigliedrige Schulsystem der falsche Weg ist, muss an anderer Stelle diskutiert werden.

Das eine Kommune auch nach Möglichkeiten schauen muss, Kosten einzusparen sollte selbstverständlich sein. Die Einnahmen bei Maßnahmen der Bauaufsicht, Baugenehmigungsgebühren kurzerhand mal positiver anzusetzen und als Verbesserung im Haushalt darzustellen, ist nicht mehr als ein billiger Taschenspielertrick. Sitzungsvorlagen Papierlos zur Verfügung zu stellen sicherlich ein richtiger Weg, wünschenswert wenn das Tempo dahin doch zügiger sein würde. Und wenn dann noch Einsparungen im Softwarebereich erfolgen könnten, anstatt teurer Microsoft-Software auf Open-Source-Software zu setzen, wäre dies der richtige Weg.

Im Zweifelsfalle könnte eine Stelle geschaffen werden um eventuell auftretende Probleme bei Schnittstellen zu beheben.

Einsparungen wie es der jetzige Haushalt vorsieht im Personalbereich ist mit uns nicht zu machen. Den Vorschlag zum Kahlschlag, von der FDP geäußert, können wir nur noch skandalös nennen. Welche ethische Weltanschauung dahinter stecken muss? Es kann doch nicht ihr Ernst sein Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Wir begrüßen ausdrücklich die Rekommunalisierung der WBE. Der Irrglaube „Privat vor Staat“ würde alles besser machen hat sich als Irrweg erwiesen. Die Kosten steigen für die EinwohnerInnen und die Leistungen sinken, Gewinne werden über Personalabbau erwirtschaftet. Nochmals - eine Kommune ist kein Konzern - wir tragen auch die Verantwortung für Menschen die nicht im 1. Arbeitsmarkt unterkommen aber sehr wohl noch in der Lage sind für die Gemeinschaft sinnvolle Tätigkeiten auszuführen.

Nun möchte ich langsam zum Ende kommen, auch wenn die Internationale gewünscht wurde, kann trotz Weihnachtszeit nicht jeder Wunsch erfüllt werden. Denken Sie, meine Damen und Herren, doch bitte mal nach, wo das Kind geboren ist, dessen Fest wir feiern, wenn sie ihrem Gott Mammon huldigen. Es ist nicht in einem Palast geboren, sondern in einem Stall und in eine Futterkrippe gelegt worden.

Ich zitiere Karl Marx über das Wesen des Kapitalismus:

Das Diktat des Geldes stellt alles scheinbar längst Errungene wieder in Frage, Profit und Machtgier kennen keine Hemmschwellen.

Krieg den Palästen und Frieden den Hütten

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Albert Borchardt,

Ratsmitglied, DIE LINKE. im Rat der Stadt Eschweiler

Mittwoch, 19. Dezember 2012

Haushaltsrede
von RM Wolfram Stolz

Haushaltsrede 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Ratskollegen und Verwaltungsmitarbeiter und Gäste dieses Hauses,

als Herr Gehlen uns den Vorschlag machte, die Haushaltsreden zu kürzen, war ich höchst verblüfft, dass die Kollegen nicht heftigst widersprochen haben. Nach meiner Vorstellung ist das schließlich die Gelegenheit, bei der an Hand der finanziellen Möglichkeiten die politischen Ziele vorgestellt werden sollten. Aber nicht nur diesbezüglich stehe ich ganz offensichtlich mit meinem politischen Verständnis in diesem Raum mit einer Minderheit da. Es passt aber in das Bild, dass sich überall abzeichnet: die Übermacht der Regierenden führt ganz offensichtlich auch zur Lethargie der Gegner.

Zahlen des Haushaltes haben meine Vorredner schon zuhauf genannt. Damit will Sie daher nicht auch noch langweilen. Aber ich will ihnen deutlich machen, warum ich dem Zahlenwerk so kritisch gegenüberstehe. Dabei könnte ich meine Rede aus dem letzten Jahr fast identisch verwenden, haben doch meine Argumente offensichtlich niemanden bewegt. Ich bleibe allerdings bei meinen Standpunkten; ich finde sie richtig und ich bin nicht zum abnicken hier!

Als die WBE gegründet wurde, war das Ziel, mit privatwirtschaftlichen Mitteln Sparsamkeit und Effizienz einzuführen. Man kann es drehen und wenden wie man will, das ist durchaus gelungen. Wenn jetzt also die beiden Partner von einem Trennungsszenarium sprechen, dann liegt das daran, dass die Mitarbeiter der Verwaltung die ihr vom Rat gestellten Aufgabe nicht lösen wollten. Diese lautete nämlich nicht: verwische die Grenze zwischen kommunalem Auftragnehmer und kommunalem Auftraggeber und mache den Beteiligten das Leben schwer! Die Aufgabe lautete mache einen Leistungskatalog, der Aufgaben und Erlöse ausreichend gut beschreibt. An dieser zwar aufwändigen aber nicht schwierigen Aufgabe ist das Personal gescheitert. Das Rückrudern ist in meinen Augen eine krasse Fehlentwicklung und wird den Bürgern - natürlich erst nach der Legislaturperiode - Mehrkosten aufbürden, analog zu dem, was es vorher schon mal gab. Ich befürchte nämlich Ineffizienz und fehlende Selbstkontrolle.

Hier hätte ich auch einen Aufschrei der Entrüstung der Oppositionsparteien erwartet, aber nichts passiert.

Die Folge ist nämlich, dass die Kosten für diesen Bereich in der mittelfristigen Planung zu niedrig zu angesetzt sind, auch bei den Friedhöfen, wir haben gerade davon gehört.

In die Zukunft konnte ich anhand eines gelebten Beispiels schon mal sehen: Ein betroffener Bürger kritisierte die Ausführungen bei der Errichtung eines Pfades. Aber mit der geballten Arroganz der Stadtverwaltung erklärt doch ein städtischer Bediensteter diesem Bürger, dass der völlig unnötigerweise schiefwinklig zu seiner Grundstücksgrenze angelegte Weg kein Planungsfehler darstellt. Jetzt ist da eine pflegeintensive Dreckecke entstanden, die so in den Katalog der Aufgaben der WBE aufgenommen werden müsste. Beim Wegfall eines privaten

Partners kann so etwas natürlich noch leichter vertuscht werden. Jetzt aber wäre aber eine Kontrolle solcher unsinniger Mehrausgaben kontrollierbar, wenn es denn jemand wollte. Zugegeben, es ist ein kleines Beispiel, aber es ist real und zeigt das Prinzip, welches ich befürchte auf.

Aber diese Verwaltung hat ganz offensichtlich viel zu wenig Interesse an selbst kontrolliertem Handeln geschweige an fremd kontrolliertem.

Klare Linien fehlen auch an dem anderen Beteiligungsunternehmen der Blausteinsee GmbH

Der Rat hat mehrheitlich der Bebauung an der Böschungsoberkannte am Blausteinsee zugestimmt, weil die Verwaltung erläuterte, dass dies zur Entwicklung der dahinter liegenden Grundstücke unbedingt notwendig sei. Plötzlich ist das alles nicht mehr wahr. Es gibt ein vages Interesse einiger Taucher, dort ein Domizil zu haben und schon wird alles, was vorher so unabdingbar war, relativiert. Bei einer solchen Schwankung in der Bewertung der Argumente muss man doch fragen ob der Rat wirklich alle Argumente kennt, oder ob andere Interessen eine Rolle spielen. Von Anfang an hatte ich eine kleinteiligere Entwicklung unter Beteiligung der schon vorhandenen Akteure gefordert. Aber Größenwahn hat hier merkwürdige Blüten getrieben, mit dem Effekt, dass die Stadt hier erhebliche Mittel einsetzen muss. Eine Lösung, wonach die Stadt selber oder die Blausteinsee GmbH als Investor auftritt, verbietet sich für mich. Das ist nicht deren Aufgabe! Wenn es wirtschaftlich wäre, fände sich dafür auch ein Investor.

Berufsbedingt habe ich natürlich auch einen Schwerpunkt, wo mir wirklich hier keiner ein X für ein U vormachen sollte. Der Kindergarten Franz-Rüth-Straße ist zu teuer. Wie man das zu bewerten hat, wenn dem Fachausschuss erläutert wird, dass runde Wände keine zusätzlichen Kosten erzeugen, überlasse ich jedem. Ich habe daraus meine Schlüsse gezogen. Vertrauensbildend ist das nicht und egal wie teuer das Gebäude auch sonst wird, die Kosten für runde Wände Wandbekleidungen Deckenanschlüsse, Bodenanschlüsse usw. waren einsparbar.

Wieder sieht man, dass ein Sparwillen nicht vorhanden ist. Diese Verwaltung ist immer noch weit davon entfernt, die Ressourcen optimiert einzusetzen.

Ich habe diese Beispiele auch nur aufgelistet um damit zu begründen, warum ich die Verwaltung in der Pflicht sehe, hier ihre Bringschuld, mich von der Sinnhaftigkeit ihres Tuns zu überzeugen, besser zu erfüllen. Die immer vorweggeschobene Behauptung, mehr sei nicht einzusparen stimmt nämlich einfach nicht! Hier ist mehr leistbar, auch um bei der Anmeldung eines möglichen Finanzbedarfs an andere Stelle unangreifbar zu sein. Ich gehe nicht davon aus, dass Bund, Land oder sogar EU uns Gelder zur Verfügung stellen würden, wenn wir nicht beweisen können, unsere Mittel bisher optimiert eingesetzt zu haben.

In meiner letzten Haushaltsrede habe ich ähnlich argumentiert und heute stelle ich fest, dass sich nichts geändert hat.

So viel zum Thema Einsparung.

Es steht zu befürchten, dass wir die rechtliche Anforderung ausreichend Kindergartenplätze bereitzustellen nicht erfüllen, aber eine Rückstellung für die anstehenden Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzforderungen stehen nicht im Haushalt. Ich kenne die rechtlichen Bedingungen hierzu, aber der Haushalt sollte für Klarheit und Wahrheiten stehen. Die Bedingungen sind nicht vom Himmel gefallen, aber es ist politischer Wille, den die Kommunen zugunsten der jungen Familien zu erfüllen haben. Da hat Eschweiler, wie manche anderen Gemeinden, nicht ausreichend Energie hineingesteckt. Stattdessen überlegen wir den Markt umzubauen. Das hilft keinem Kind und ist, was die Herstellung einer Zukunftsfähigkeit angeht, von völlig untergeordneter Bedeutung.

Soviel zum Thema Planung von Ausgaben

Überhaupt sehe ich in dem Haushalt keine perspektivischen Ansätze, die über die Wahlperiode hinausgehen. Es wird so sein wie immer: Kurz vor der Wahl werden Freiräume geschaffen um noch schnell Wohltaten zu verteilen, danach ist es ja erst mal 5 Jahre egal.

Das spiegelt sich auch in der Entwicklung der Hebesätze für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer. Wenn man diese nämlich analog zur Notwendigkeit anpassen würde, würden die Bürger das Maß der Misswirtschaft daran direkt ablesen können. Aber anstatt mit einem Kraftakt die Stadt aus der bedrohlichen Lage heraus zu manövrieren, wird die schmerzhafteste Wirkung auf spätere Jahre verschoben.

So muss ich gestehen, hege ich eine gewisse Sympathie für eine drastischere Erhöhung der Grundsteuern und teilweise auch der Gewerbesteuern zum Schuldenabbau, allerdings mit dem Ziel, diese möglichst schnell wieder zurück zu nehmen. Das muss mir aber erst mal jemand genau vorrechnen, auch unter Berücksichtigung eventueller Folgen. Eine qualitative Aussage reicht mir hier nicht.

Eine Erhöhung ist dann natürlich ein Ansiedlungshemmnis, wenn dem nicht andere Vorteile entgegenstehen. Die Wanderbewegung wäre mal zu prognostizieren. Hier ist dann wieder die Stadt gefordert. Stattdessen erlebe ich auf der Verwaltungsebene Aktivitäten, die Investoren noch als zusätzlichen Hinderungsgrund für den Einsatz ihres Kapitals beschreiben.

So wie das aber in der Vorlage Veränderungen der Hebesätze und Senkung der Personalkosten gegenüber gestellt sind, überzeugt es nicht.

Soviel also zum Thema perspektivisches Handeln

Daher gibt es fast wie jedes Jahr folgendes Fazit

Es wird nicht genügend Fantasie und Sorgfalt in notwendige Einsparungen investiert.

Dem Bürger wird immer noch mit Dingen, die ich als „nice to have“ bezeichne, der Blick auf das Wesentliche getrübt. D.h. wir haben zu wenig Ausgabendisziplin.

Es fehlt das Verständnis dafür, dass viel mehr Akteure in die Findung der Lösungen eingebunden werden müssen, als nur der Verwaltungsvorstand und der Fraktionsvorsitzende der SPD.

Zu dem hier vorgelegtem Arbeitsergebnis, kann es also von meiner Seite keine Zustimmung geben weil es unzureichend ist und weil es mich daher nicht überzeugt und das nicht nur in einigen vernachlässigbaren Nebenkriegsschauplätzen.

Ich wünsche dem Rat mehr Kraft, seine Kontrollfunktion wahrzunehmen und mehr Phantasie bei der Erfüllung seiner Aufgaben.

Vielen Dank für Ihr Gehör.